

CDU

Fraktionsgeschäftsstelle:

Bahnstraße 31
45468 Mülheim an der Ruhr
Telefon: 0208 / 45 95 40
Telefax: 0208 / 45 95 419
E-Mail:
cdu-fraktion-muelheim@t-online.de

- Fraktion im Rat der Stadt Mülheim an der Ruhr**
 Fraktion in der Bezirksvertretung 1, 2 oder 3

Vorschlag

Nr.: A 15/0680-01

gemäß der Geschäftsordnung

öffentlich**Datum:** 19.08.2015**Postversand:****Empfänger:**

- Frau Oberbürgermeisterin Mühlenfeld
 Frau Vorsitzende Emine Arslan des Integrationsrates
 Frau / Herrn Bezirksbürgermeister/in Name der Bezirksvertretung 1, 2 oder 3
 nachrichtlich Frau Oberbürgermeisterin Mühlenfeld

Beratungsfolge:**Status:** * **Datum:** **Gremium:**

Ö 24.08.2015 Integrationsrat

* **Beratungsstatus des jeweiligen Gremiums: Ö = öffentliche Beratung / N = nichtöffentliche Beratung**

Aktuelle Situation der Flüchtlinge und Asylbewerber in Mülheim an der Ruhr

Vorschlag zur Tagesordnung der CDU-Fraktion vom 19.08.2015

Vorschlag:

Die CDU-Fraktion schlägt vor:

Die Tagesordnung der Sitzung des Integrationsrates wird um den Punkt „Aktuelle Situation der Flüchtlinge und Asylbewerber in Mülheim an der Ruhr“ erweitert.

Die Verwaltung informiert in einem Sachstandsbericht über die aktuelle Situation der Flüchtlinge und Asylbewerber.

In diesem Zusammenhang bittet die CDU-Fraktion darum, im Rahmen der Berichterstattung notwendigerweise die bereits in den letzten Sitzungen des Integrationsrates gegebenen Informationen auch aufgrund der damals gestellten Fragen der CDU-Fraktion zu aktualisieren.

Begründung:

Die Öffentlichkeit und die Ratsgremien sind mehr denn je daran interessiert, von der Verwaltung umfassend über die Entwicklung der weiterhin massiv steigenden Zuweisungen von Flüchtlingen und Asylbewerbern, die damit einhergehende Problematik der Bereitstellung menschenwürdiger Unterkünfte und die ausreichende Betreuung in den Stadtbezirken und Stadtteilen Mülheims informiert zu werden. Gleichzeitig muss über das sich weiter verschärfende Finanzierungsproblem für die finanziell notleidende Stadt berichtet werden, weil sich nach wie vor die NRW-Landesregierung weigert, für eine Vollkostenerstattung bei der Unterbringung und Betreuung der Flüchtlinge und Asylbewerber zu sorgen.

Wolfgang Michels
Fraktionsvorsitzender